

* Die wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahnbeamten. Der Berliner Bezirk des mehr als 200 000 Mitglieder zählenden Bundes der Beamten der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft und der Reichseisenbahnen hatte zu Dienstag abend nach den Germaniafeiern in der Chausseestraße eine Versammlung einberufen, um die infolge der herrschenden Teuerung eingetretene Notlage der Eisenbahnbeamten zu erörtern. Eisenbahnobersekretär Triebel eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er die Ziele und bisherigen Erfolge des Bundes kennzeichnete. Die Notlage der Eisenbahnbeamten schilderte dann Oberstademeister Roswadowski. Er bezeichnete die bisher von der Staatsregierung getroffenen Abhilfsmassnahmen als zu spät erfolgt und als völlig ungenügend. Die Beamtenschaft, namentlich die untere, drohe vollständig zu proletarisieren.

Die Versammlung stimmte einmütig einer vom Bundesvorstande vorgelegten Entschliessung zu, in der von den bisherigen, ganz unzureichenden Hilfsmassnahmen der Regierung namentlich die auf Gewährung von Entschuldungsdarlehen als völlig aussichtslos bezeichnet und eine allgemeine bessere Bewertung des ungemein wichtigen Eisenbahndienstes verlangt wird. Zur Vermeidung des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruches werden im einzelnen folgende Hauptforderungen erhoben: 1) sofortige Zahlung einer einmaligen Kriegsteuerzulage in Höhe von mindestens 1200 M. zur Abfüdung eingegangener Verbindlichkeiten und zur Ermöglichung nicht länger aufschiebbarer Neuanschaffungen (insbesondere von Kleidung, Wäsche usw.), 2) baldige erhebliche Erhöhung der laufenden Kriegsteuerzulagen und Familientriegsbeihilfen entsprechend der ständig wachsenden Teuerung auf allen Gebieten der Lebenshaltung, 3) ausreichende Versorgung der Beamten im Ruhestande und der Hinterbliebenen, und schließlich 4) die Befreiung aller Beamten mit einem Friedenseinkommen von weniger als 8000 M. von einem etwa geplanten Zwange zur Ablieferung von Kleidungsstücken, und Berücksichtigung der Eisenbahnunterbeamten bei der Verteilung der gesammelten Kleiderbestände. Die soeben bekanntgegebenen Sätze der von der Regierung in Aussicht genommenen abermaligen Teuerungszulagen hält die Versammlung als für zu niedrig und will sie nur als Abschlagszahlung, allerdings mit Dank, entgegennehmen.